

Fraktions-Briefing

Im Fokus der laufenden Sitzungswoche: Regierungserklärung im Lichte internationaler Turbulenzen und Politikwechsel nimmt Fahrt auf

Regierungserklärung zum NATO-Gipfel und Europäischen Rat

Unser „**European way of life**“ ist u.a. durch das imperialistische Streben Russlands mehr denn je bedroht. Neben dem Krieg in der Ukraine sehen wir weitere überlappende Kriegs- und Krisenherde. Die Weltlage erfordert Führung und Handlungsfähigkeit. Hier wird man auf Deutschland schauen und sich an uns orientieren. Die Bundesregierung mit Bundeskanzler Friedrich Merz an der Spitze hat Deutschland zurück auf die internationale Bühne gebracht. Den Worten müssen Taten folgen.

Die Bedrohungslage bestimmt die **Ausrichtung der NATO**. Zur Umsetzung der neuen Verteidigungspläne übernimmt Deutschland das zweitgrößte Fähigkeitspaket, was einen erheblichen Aufwuchs u.a. mit zusätzlichen Heeresverbänden sowie Luftverteidigungs- und Logistikfähigkeiten erfordert. Auf dem Weg zur größten konventionellen Armee Europas, wie vom Bundeskanzler als Zielmarke definiert, bedarf es enormen Kraftanstrengungen in den Bereichen Personal, Material und Infrastruktur. Die finanziellen Mittel dafür stehen zur Verfügung. Die NATO-Mitgliedstaaten wollen ihre Verteidigungsausgaben bis 2035 auf insgesamt 5% erhöhen. Deutschland will dieses Ziel bereits 2029 erreichen.

Neben der NATO muss **Europa ein erstzunehmender geopolitischer Akteur werden**. Wir brauchen den Mut zu großen Projekten und für visionäre Ideen. Im Sinne eines Europas der Pioniere müssen die vorangehen, die diese Visionen haben. Dabei muss die Tür offenstehen, auch später beizutreten. Von der Zukunft der Ukraine wird abhängen, wie wir zukünftig in Europa leben werden. Bei unserer Unterstützung müssen wir einig und geschlossen sein, auch um Russland zu signalisieren, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Parallel braucht es einen erhöhten Sanktionsdruck auf Russland. Eine leistungsfähigere europäische Verteidigung muss die europäische Säule der NATO stärken.

Zeitgleich muss **Europa wettbewerbsfähiger werden und die schleichende Deindustrialisierung stoppen**. Zur Stärkung des Binnenmarktes braucht es dringend weitere Handelsabkommen. Europa darf nicht Champion bei der Regulierung sein, sondern bei Innovation und Wirtschaftsstärke. Die nationale Migrationswende müssen wir auf Europa übertragen und das europäische Asylsystem GEAS fortentwickeln. In allen Themenfeldern wird der Europäische Rat richtungsweisende Entscheidungen treffen.

Beim **NATO-Gipfel und beim Europäischen Rat** wird auch die Lage im Nahen und Mittleren Osten besprochen werden. Israel hat jedwedem Recht, sich gegen Bedrohungen seiner Existenz zur Wehr zu setzen. Der Angriff auf das iranische Atomprogramm war gerechtfertigt, das Mullahregime ist geschwächt. Nun muss eine weitere Eskalation

verhindert und an den Verhandlungstisch zurückgekehrt werden. Auch für Gaza muss nun ein Waffenstillstand folgen. Nur so hat die Region eine Chance auf Frieden.

Mit gezielten Wachstumsimpulsen, der Reduzierung illegaler Migration, der Stärkung der Ganztagsbetreuung sowie dem Haushaltsentwurf nimmt der Politikwechsel der neuen Regierung Fahrt auf. Mit diesen Maßnahmen setzen wir positive Impulse für eine umfassende Erneuerung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes und für mehr Sicherheit.

- Mit dem **Investitionsbooster** („Gesetz für ein steuerliches Investitionsprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“; 2./3. Les.) setzen wir gezielte steuerliche Anreize für Wirtschaft und Forschung; insbesondere:
 - Die neue Regelung erlaubt eine sogenannte **degressive Abschreibung** mit einem Abschreibungssatz von **30 Prozent**.
 - Bei der **Unternehmensbesteuerung** gehen wir einen ersten wichtigen Schritt. Der Körperschaftsteuersatz sinkt ab 2028 schrittweise um ein Drittel von 15 auf 10 Prozent. Parallel dazu wird auch die Gesamtsteuerbelastung von Personenunternehmen schrittweise abgesenkt.
 - Auch die **steuerliche Förderung** der **Forschung** und der **E-Mobilität** erhöhen wir.
- **Wir leiten den Wechsel in der Migrations- und Innenpolitik** mit der 2./3. Lesung des Gesetzes zur Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und der 1. Lesung des Sechsten. Gesetzes der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein. Die Aussetzung des Familiennachzugs für zwei Jahre (wie bereits 2016-2018) wird den Zuzug von Familienangehörigen nach Deutschland spürbar verringern. In Härtefällen bleibt der Familiennachzug möglich. Mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wird insbesondere die von der Ampel eingeführte Turboeinbürgerung nach bereits drei Jahren wieder abgeschafft.
- Mit der 2./3. Lesung des Gesetzes zur Anpassung von Regelungen über den polizeilichen Informationsverbund im **Bundeskriminalamtgesetz** sowie des 1. Gesetzes zur Anpassung der Befugnis zur Datenerhebung bei Kontaktpersonen im Bundeskriminalamtgesetz werden aufgrund von **Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts** notwendige Gesetzesänderungen vorgenommen. Daran angehängt ist eine **Änderung des Waffenrechts**, mit der bisher erlaubnisfreie sogenannte "Sixneedler"-Waffen verboten werden. Diese Waffen waren bisher erlaubt, weil sie mit wenig Druck (unter 7,5 Joule) schießen. Aufgrund einer besonderen Konstruktion können diese Waffen trotzdem tödliche Verletzungen herbeiführen. Die Änderung schließt damit eine Gesetzeslücke.
- Wir tun etwas für **Vereinfachung und weniger Bürokratie**;

Dabei geht es um eine technische Infrastruktur am Übergang der Verwaltungsbereiche Bund/Länder. Das NOOTS soll die in der Verwaltung bereits vorhandenen Registerdaten für die digitale Abwicklung von Verwaltungsverfahren zugänglich machen. Nachweise und Daten, die der öffentlichen Verwaltung bereits vorliegen, sollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen nicht erneut erhoben, sondern direkt automatisiert abgerufen, übermittelt und nutzbar gemacht werden (Once-Only-Prinzip). Da eine grundgesetzliche Kompetenzzuweisung für den Bund nicht vorliegt, schafft der Staatsvertrag die notwendige Rechtsgrundlage für das Zusammenwirken von Bund und Ländern beim NOOTS.

(1. Les. Ges. zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag

- Auch unseren Landwirtinnen und Landwirten zeigen wir, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen und in der Lage sind, **Bürokratie handhabbar** zu machen, bzw. abzubauen. In 2./3. Lesung verabschieden wir das Gesetz zur Änderung des **GAP-Direktzahlungsgesetzes**, mit dem die Einführung der beiden neuen Öko-Regelungen um zwölf Monate verschoben wird. Mit dem ebenfalls in 2./3. Lesung vorliegenden Gesetz zur Änderung des **Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes** verlängern wir die Übergangsregelung zur Tierhaltungskennzeichnung bis zum 1. März 2026.
- Und mit dem auch in 2./3. Lesung vorliegenden **Kulturgutschutzgesetz** erleichtern wir internationale Kooperationen wie den Leihverkehr mit Kulturgütern unter kulturgutbewahrenden Einrichtungen. Zudem machen wir die erforderliche **Bürokratie handhabbarer**, indem wir die Verständlichkeit des Gesetzes verbessern und seine Anwendung vereinfachen.
- Mit dem in 2./3. Lesung verabschiedeten Gesetz zur **Verlängerung der Fristen** im **Investitionsprogramm Ganztagsausbau** unterstützen wir, dass gute Ganztagsbetreuung tatsächlich gelingt, indem wir den Ländern und Kommunen die Möglichkeit geben, das Programm weiter in Anspruch zu nehmen und ihre Angebote für den Ganzttag kontinuierlich auszubauen.
- Mit dem Regierungsentwurf für den **Bundeshaushalt 2025**, den Eckwerten bis 2029 und dem 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket setzt die neue Bundesregierung starke Botschaften:
 - Unser **Land wird sicherer**, der Verteidigungsetat wächst.
 - Der Investitionsanteil wird deutlich gesteigert. Das sorgt für mehr **Wachstumsstärke**.

- Darüber hinaus legen wir den Grundstein für Strukturreformen, u. a. mit Bürokratieabbau, niedrigeren Energiepreisen, Steuerreformen und Reformen in den Sozialsystemen.
- Unser Ziel bleibt es, die **Stromsteuer** für alle und dauerhaft auf das Minimum zu senken. Das ist auch im Sinne der Energiewende. Wie schnell mehr geht, werden wir jetzt beraten.